

Prüfungsbericht

über die Prüfung der Eröffnungsbilanz
der Stadt Schönau im Schwarzwald
zum 01.01.2016

Lörrach, 16.05.2018

Gemeindedaten

Gemeinde:	Stadt Schönau im Schwarzwald
Einwohnerzahl:	2.405 Einwohner zum 31.12.2015
Fläche:	1.471 Hektar
Leiter der Verwaltung:	Bürgermeister Peter Schelshorn (seit 01.10.2012)

Die Stadt Schönau im Schwarzwald ist Mitgliedsgemeinde des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau im Schwarzwald.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

1. Rechtliche Grundlagen
2. Prüfungsauftrag
3. Art und Umfang der Prüfung

II. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016

4. Allgemeine Feststellungen
5. Feststellungen und Erläuterungen zur **Aktivseite der Bilanz**
 - a. Immaterielle Vermögensgegenstände
 - b. Unbebaute Grundstücke
 - Grünflächen
 - Wald (Grund und Boden; Aufwuchs)
 - Ackerland
 - c. Bebaute Grundstücke
 - Grund und Boden
 - Gebäude und Betriebsvorrichtungen
 - d. Infrastrukturvermögen
 - Straßen (Grund und Boden; Straßenkörper)
 - Abwasserbeseitigung
 - Wasserversorgung
 - e. Bauten auf fremden Grundstücken

- f. Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler
- g. Maschinen, Fahrzeuge, technische Anlagen
- h. Betriebs- und Geschäftsausstattung
- i. Vorräte
- j. Anlagen im Bau
- k. Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen
- l. Sondervermögen
- m. Wertpapiere und sonstige Einlagen
- n. Forderungen
- o. Liquide Mittel

6. Feststellungen und Erläuterungen zur Passivseite der Bilanz

- p. Sonderposten
 - für **erhaltene** Investitionszuweisungen
 - für **erhaltene** Investitionsbeiträge
 - für Sonstiges
- q. Rückstellungen
 - Pflichtrückstellungen
 - Wahlrückstellungen

r. Verbindlichkeiten

- aus Kreditaufnahmen
- aus Lieferungen und Leistungen
- Sonstige Verbindlichkeiten

s. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

III. Gesamturteil

I. Allgemeines

1. Rechtliche Grundlagen

Mit dem neuen Haushaltsrecht wird die bislang zahlungsorientierte Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung umgestellt. Die neue Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) trat zum 01.01.2010 in Kraft.

Bei der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) ist eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Hierin sind sämtliche Vermögensgegenstände, das Basiskapital, alle Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Abgrenzungsposten aufzunehmen. Das Verfahren und die Grundlagen für die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz sind in der Gemeindehaushaltsverordnung geregelt.

Die Stadt Schönau im Schwarzwald hat mit Beschluss vom 29.05.2017 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016 festgestellt. Die festgestellte Eröffnungsbilanz wurde uns mit Schreiben vom 23.06.2017 zur Prüfung vorgelegt und stellt sich wie folgt dar:

Aktivseite		Geschäftsjahr 2016
		EUR
1	Vermögen	37.301.537,80
1.2	Sachvermögen	32.940.411,05
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	11.853.503,30
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	12.569.656,51
1.2.3	Infrastrukturvermögen	5.648.129,14
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	3.360,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4,00
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	610.403,00
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	434.848,70
1.2.8	Vorräte	22.046,74
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.798.459,66
1.3	Finanzvermögen	4.361.126,75
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	41.037,57
1.3.3	Sondervermögen	1.509.239,01
1.3.5	Wertpapiere	308.996,78
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	88.413,06
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	163.101,26
1.3.9	Liquide Mittel	2.250.339,07
Bilanzsumme		37.301.537,80

Passivseite		Geschäftsjahr 2016
		EUR
1	Kapitalposition	21.626.861,24
1.1	Basiskapital	21.626.861,24
2	Sonderposten	12.301.682,06
2.1	für Investitionszuweisungen	11.126.272,78
2.2	für Investitionsbeiträge	1.063.312,02
2.3	für Sonstiges	112.097,26
3	Rückstellungen	1.420.966,01
3.4	Gebührenüberschussrückstellungen	147.174,01
3.7	Sonstige Rückstellungen	1.273.792,00
4	Verbindlichkeiten	1.917.058,67
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.861.213,05
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	55.845,62
5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.969,82
Bilanzsumme		37.301.537,80

2. Prüfungsauftrag

Gemäß Art. 13 Abs. 5 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts hat die Stadt zum Beginn des ersten Haushaltsjahres, in dem das neue Haushaltsrecht anzuwenden ist, eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, sofern eine solche nicht bereits auf der Grundlage des bisherigen § 146 der Gemeindeordnung (GemO) aufgestellt worden ist. Auf die Eröffnungsbilanz sind die für den Jahresabschluss geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit sie sich auf die Bilanz beziehen. Die Eröffnungsbilanz ist nach Feststellung der letzten Jahresrechnung, spätestens zum Ende des Haushaltsjahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. Sie soll von der überörtlichen Prüfungsbehörde innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres geprüft werden. Das wesentliche Ergebnis wird in einem Prüfungsbericht zusammengefasst.

3. Art und Umfang der Prüfung

Mit der Prüfung der Eröffnungsbilanz wurde im Oktober 2017 begonnen. Ein Abschluss innerhalb der Jahresfrist war aufgrund der Vielzahl der zu prüfenden Eröffnungsbilanzen der Gemeinden des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald nicht möglich. Die Prüfung wurde sowohl im Landratsamt Lörrach als auch vor Ort beim Gemeindeverwaltungsverband Schönau i. Schw. durchgeführt. Die für die Prüfung benötigten Unterlagen und Informationen wurden uns von der Stadt bzw. vom Gemeindeverwaltungsverband zur Verfügung gestellt bzw. konnten vor Ort eingesehen werden. Für Fragen und für die Klärung von Sachverhalten im

Zusammenhang mit der Prüfung der Eröffnungsbilanz standen uns die zuständigen Mitarbeiter des Gemeindeverwaltungsverbands jederzeit zur Verfügung, sodass offene Sachverhalte jeweils kurzfristig zu klären waren.

Die Eröffnungsbilanz war daraufhin zu prüfen, ob das Vermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Rechnungsabgrenzungsposten nach den Ansatz- und Bewertungsvorschriften sowie den Vereinfachungsregelungen der GemHVO für die erstmalige Bewertung vollständig und richtig angesetzt worden sind (§§ 40 bis 46 und § 62 GemHVO). Insbesondere musste im Rahmen der Prüfung festgestellt werden, ob die erstmalige Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Sonderposten unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung korrekt erfolgt ist. Nach den Vorschriften der Gemeindeprüfungsordnung kann die Prüfung auf Stichproben und Schwerpunkte beschränkt werden. Davon musste bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz aufgrund des immensen Prüfungsaufwands und der nur beschränkt zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen Gebrauch gemacht werden; es wurde ein risikoorientierter Prüfungsansatz verfolgt. Die Auswahl der Schwerpunkte erfolgte anhand der wirtschaftlichen Bedeutung der Bilanzpositionen und ihrer Auswirkung auf nachfolgende Bilanzen. Die Stichproben wurden so verteilt, dass sie das Prüfungsgebiet repräsentativ abbildeten. Grundlagen der Prüfung waren die Vorschriften der GemO i. d. F. des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts, der GemHVO, der Gemeindekassenverordnung (GemKVO), der VwV Produkt- und Kontenrahmen sowie des Leitfadens zur Bilanzierung, Stand August 2014.

Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes unter Berücksichtigung von Prüfungsstrategie und Prüfungsziel wurden folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Beurteilung des Prozesses für die Erstellung der Eröffnungsbilanz,
- Vollständige Erfassung des Sachvermögens,
- Angemessenheit von Nutzungsdauer und Abschreibungssätzen bei der Wertermittlung für die Eröffnungsbilanz,
- Bestand und Bewertung von Forderungen,
- Bestand und Bewertung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge,
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten.

II. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016

4. Allgemeine Feststellungen

Die uns zur Prüfung vorgelegte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2016 ist ordnungsgemäß aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen der Stadt Schönau im Schwarzwald entwickelt worden. Die gesetzlichen Vorschriften zum Ansatz und der Bewertung sind beachtet worden. Die Eröffnungsbilanz ist nach den Vorschriften der GemO und GemHVO einschließlich der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung aufgestellt. Die Eröffnungsbilanz ist vollständig und der Anhang enthält alle gem. § 53 GemHVO vorgeschriebenen Angaben.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände für die Übernahme in die Eröffnungsbilanz erfolgte auf Grundlage von § 62 GemHVO, das heißt, die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen nach § 46 GemHVO, anzusetzen.

Die Vermögensgegenstände dürfen auch mit Werten angesetzt werden, die vor dem Stichtag für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz in Anlagennachweisen nach § 38 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 7. Februar 1973 in der zuletzt geltenden Fassung oder in einer Vermögensrechnung nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Vermögensrechnung nach § 43 GemHVO vom 31. Oktober 2001 nachgewiesen sind.

Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald wurde von 1994 bis 1996 eine Anlagenbuchhaltung aufgebaut, in der alle Vermögensgegenstände vollständig erfasst und ggf. auch abgeschrieben wurden. Gem. den Bestimmungen von § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO wurden die dort ausgewiesenen Restwerte der Vermögensgegenstände in die Eröffnungsbilanz übernommen. Ein Nachweis über die Migration der Altdaten in die Kommunale Doppik wurde uns vorgelegt. Die Übernahme der Werte der bisherigen Anlagenbuchhaltung ist zulässig, wenn die bisherigen Anlagenachweise keine offensichtlichen Fehler aufweisen. Hiervon kann wiederum ausgegangen werden, soweit es bei bisherigen überörtlichen Prüfungen zu keinen Beanstandungen gekommen ist.

Wo der Ansatz von tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und die Übernahme aus der bisherigen Anlagenbuchhaltung nicht möglich war, erfolgte eine Vermögensbewertung im Rahmen der Vereinfachungsregelungen von § 62 Abs. 2 ff. GemHVO auf Grundlage von Erfahrungs- oder Durchschnittswerten. Hierzu wurden von der Stadt Bewertungsrichtlinien erstellt, die von uns geprüft wurden. Im Rahmen eines zulässigen Ermessensspielraums der Stadt und des Vorsichtsprinzips stellen die in den Bewertungsrichtlinien zu Grunde gelegten Wertansätze nach unserer Auffassung wirklichkeitsgetreue Werte im Sinne von § 43 GemHVO dar.

5. Feststellungen und Erläuterungen zur Aktivseite der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter immateriellen Vermögensgegenständen werden alle werthaltigen, aber „unkörperlichen“ Vermögensgegenstände erfasst. Das sind z. B. Lizenzen oder Konzessionsrechte. Immaterielle Vermögensgegenstände werden in der Eröffnungsbilanz der Stadt Schönau im Schwarzwald nicht bilanziert.

Sachvermögen

Der Wert der Sachanlagen in der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015 beträgt 19.588.678,09 €, der Wert des Sachvermögens (ohne Vorräte) in der Eröffnungsbilanz 32.918.364,31 €, der Unterschiedsbetrag beträgt somit 13.329.686,22 €. Bei der Ermittlung des Werts des Sachvermögens in der Eröffnungsbilanz wurden zusätzliche Vermögenswerte berücksichtigt, die in der kamerale Vermögensrechnung nicht zu berücksichtigen waren (insbesondere unbebaute Grundstücke, Aufwuchs u. ä.). Auf die entsprechende Liste „Nachbewertung“, die einen Wert von 15.409.629,88 € ausweist, wird verwiesen. Außerdem waren weitere Wertkorrekturen erforderlich, die anhand von Listen nachgewiesen und in Stichproben geprüft wurden. Unter Berücksichtigung der Ergänzungen und Korrekturen entspricht der Wert „Sachanlagen“ in der Vermögensrechnung 2015 dem Wert des „Sachvermögens“ in der Eröffnungsbilanz 2016.

b. Unbebaute Grundstücke

Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude befinden. Die Eröffnungsbilanz weist einen Gesamtwert von 11.853.503,30 € aus.

Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald stellen die unbebauten Grundstücke einen beachtlichen bilanziellen Wert dar. Deshalb wurde die Vollständigkeit der erfassten Grundstücke nicht nur stichprobenweise, sondern umfassend geprüft. Hierzu wurde beim Fachbereich Vermessung & Geoinformation des Landratsamts Lörrach eine Liste aller Grundstücke angefordert, bei denen die Stadt Schönau im Schwarzwald im Liegenschaftsbuch als Eigentümerin eingetragen ist. Diese Liste haben wir mit der Liste aller in der Eröffnungsbilanz erfassten und bewerteten Grundstücke verglichen. Es ergaben sich keine Differenzen zwischen diesen beiden Listen, sodass alle Grundstücke in der Eröffnungsbilanz berücksichtigt sind.

Eine Übernahme der einzelnen Grundstückswerte aus der Anlagenbuchhaltung war nicht möglich, da die unbebauten Grundstücke in der Anlagenbuchhaltung insgesamt als Sammelposten berücksichtigt wurden. Vor Übernahme in die Eröffnungsbilanz wurde dieser Sammelposten deshalb ausgebucht und die Grundstücke wurden danach im Rahmen einer Einzelbewertung in die Eröffnungsbilanz übernommen.

Die Bestimmung, dass einzelne Grundstücke mit mehreren Nutzungsarten in fiktive Teilgrundstücke aufzuteilen sind, soweit dies für die realistische Grundstücksbewertung erforderlich ist, wurde berücksichtigt. Allerdings war es im Rahmen der Prüfung nicht immer möglich, die Abgrenzung in verschiedene Nutzungsarten nachzuvollziehen. Eine eindeutige und nachprüfbare Dokumentation der Abgrenzung wäre erforderlich gewesen.

Für die unbebauten Grundstücke (Grünflächen und Weideland) wurde im Rahmen von Bewertungsrichtlinien der Stadt gem. § 62 Abs. 4 GemHVO ein örtlicher Durchschnittswert angesetzt.

Bei Waldflächen wurde der in § 62 Abs. 4 Satz 4 GemHVO genannte Bodenrichtwert berücksichtigt. Der Wertansatz für den Aufwuchs wurde innerhalb der in § 62 Abs. 4 Satz 4 GemHVO genannten Spanne angesetzt und entsprechend begründet.

Die Stadt Schöna u im Schwarzwald hat auch Bannwaldflächen sowie Waldflächen in der Kernzone des Biosphärengebiets Südschwarzwald. Nach dem Bilanzierungsleitfaden 2017, Ziffer 3.2.1.5.2., bleibt der Wert des Aufwuchses als fester Wert in der Bilanz erhalten; er unterliegt keiner planmäßigen Abschreibung. Ursache ist der Grundsatz nachhaltiger Forstwirtschaft. Sofern vom Grundsatz der nachhaltigen Forstwirtschaft bei Teilflächen abgewichen wird, sind diese nicht im Sinne einer außerplanmäßigen Abschreibung zu berücksichtigen, wenn sie zur Gesamtfläche in einem untergeordneten Verhältnis stehen (Beispiele: Friedwald, Bannwald). Nach Ermittlungen der Stadt wird die Grenze der Erheblichkeit von der AG Bilanzierung bei 10% gesehen. Bei der Stadt Schöna u im Schwarzwald beträgt der Anteil des Bannwaldes bzw. von Wald in der Kernzone des Biosphärengebiets Südschwarzwald an der Gesamt-Waldfläche 16,49%. Bei der Bewertung dieser Flächen hat die Stadt Schöna u im Schwarzwald keine Abschreibung auf einen Null-Wert vorgenommen, sondern den ursprünglichen Wert des Aufwuchses um 50% gekürzt; dies mit der Begründung, dass eine wirtschaftliche Nutzung dieses Bann- bzw. Kernzonenwaldes zwar derzeit nicht möglich ist, andererseits der Aufwuchs auch nicht völlig wertlos ist, z. B. im Zusammenhang mit einer umfangreichen Vernichtung wie bei einem Waldbrand oder ähnlichem. Die Begründung der Stadt Schöna u im Schwarzwald ist nachvollziehbar, sodass diese Bewertung von uns akzeptiert wird.

Die stichprobenweise Prüfung der Bewertung der Grundstücke hat den Bewertungsrichtlinien der Stadt im Wesentlichen entsprochen. Im Rahmen der Prüfung haben sich in geringem Umfang Abweichungen ergeben. Auf die erstellte Tabelle wird verwiesen.

c. Bebaute Grundstücke

Bebaute Grundstücke sind solche, auf denen sich benutzbare Gebäude befinden. Für die bebauten Grundstücke ergibt sich in der Eröffnungsbilanz ein Gesamtwert von 12.569.656,51 €.

Bei den bebauten Grundstücken ist einerseits der Wert des Grundvermögens, andererseits der Gebäudewert zu berücksichtigen.

Da in kleinen Gemeinden Vergleichswerte für gleiche Nutzungen nicht immer vorhanden sind, kann ein Vergleich mit Grundstücken ähnlicher Nutzung als zulässige Möglichkeit für eine realistische Bewertung anerkannt werden. Soweit es sich bei den Grundstücken um Gemeinbedarfsflächen bzw. Flächen mit kommunaler Nutzung handelt, wurden vom eigentlichen Bodenrichtwert gem. Ziffer 3.2.1.3 des Bilanzierungsleitfadens 2014 lediglich 30% angesetzt. Die übrigen Grundstücke wurden mit örtlichen Durchschnittswerten, teilweise auch für nur ähnliche Nutzungen, bewertet.

Bereits in den Jahren 1994 bis 1996 wurde für die Stadt Schöna u im Schwarzwald eine Anlagenbuchhaltung eingeführt.

Bei der Stadt Schöna u im Schwarzwald war es möglich, weitestgehend auf tatsächliche Anschaffungs- und Herstellungskosten zurückzugreifen. Für das Rathaus, das Gymnasium (Altbau) und den Werkhof waren zwar keine konkreten Unterlagen über Herstellungskosten mehr vorhanden, allerdings manuelle Aufschriebe, die zu Grunde gelegt wurden. Mangels konkreter Nachweise dürften diese Aufschriebe die realistischsten Grundlagen für einen Kostennachweis darstellen.

Beim Heimatmuseum „Klösterle“ wurden bei der Aufnahme in die Anlagenbuchhaltung die tatsächlichen Kosten der Generalsanierung in den Jahren 1986/1987 aufgenommen. Ebenso wurden die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für alle Gebäude in der Anlagenbuchhaltung berücksichtigt, die seit 1994 erworben bzw. gebaut wurden. Hierzu zählen das Feuerwehrgerätehaus einschließlich Bürgersaal, der Rinder- und Ziegenstall, das Raiffeisen ZG-Gebäude, das „Wohnheim Brand 34“, der Pavillon an der Wiesenstraße, die Eigentumswohnung „Talstraße 20“ sowie der Neubau des Gymnasiums. Die Überleitung der Anlagenbuchhaltung in die Eröffnungsbilanz erfolgte unter Berücksichtigung der bis dahin gebuchten Abschreibungen.

Bei der Bewertung der kommunalen Gebäude wurden eventuelle Betriebsvorrichtungen nicht getrennt ausgewiesen. Gem. Bilanzierungsleitfaden 2014, Ziffer 2.1.1 kann abweichend von den steuerrechtlichen Grundsätzen im NKHR auf den getrennten Ausweis von Betriebsvorrichtungen verzichtet werden. In diesem Fall erfolgt die Aktivierung gemeinsam mit dem Gebäude bzw. Bauwerk. Die spätere Erneuerung einer solchen nicht separat bilanzierten Betriebsvorrichtung stellt jedoch dann Instandhaltungsaufwand des übergeordneten Vermögensgegenstandes (Gebäude, Bauwerk) dar.

Die stichprobenweise Prüfung der Bewertung der Grundstücke hat den Bewertungsrichtlinien der Stadt im Wesentlichen entsprochen. Im Rahmen der Prüfung haben sich in geringem Umfang Abweichungen ergeben. Auf die erstellte Tabelle wird verwiesen.

d. Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen umfasst die Vermögenswerte, die dem öffentlichen Leben in der Kommune und der örtlichen Infrastruktur dienen (Grund und Boden sowie Aufbau). Hierzu zählen insbesondere Straßen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie Friedhöfe. Es ergibt sich für die Eröffnungsbilanz ein Gesamtwert von 5.648.129,14 €.

Für die Erfassung der Straßen wurde ein Straßenverzeichnis erstellt. Die Grundstücke und Grundflächen der Straßen in diesem Verzeichnis entsprechen der uns vom Fachbereich Vermessung & Geoinformation des Landratsamts Lörrach zur Verfügung gestellten Liste aller Grundstücke (siehe oben, Ziffer 5. b.).

Für die Bewertung der Straßen müssen zunächst die einzelnen Anlagegüter definiert werden. Entweder wird eine komplette Straße oder es werden sinnvolle Straßenabschnitte einzeln bewertet. Bei der Erstbewertung kann von einer Trennung von Straße, Baukörper (z. B. Brücken oder Tunnel) und Straßenzubehör (z. B. Begleitgrün, Beschilderung, Gehwege, Verkehrsinseln) verzichtet werden, wenn dies nicht mehr realistisch möglich ist.

Für die Bewertung der Straßengrundstücke wurde aus einer Kaufpreissammlung ein Durchschnittswert (tatsächliche Anschaffungs- und Herstellungskosten) ermittelt. Aufgrund des öffentlichen Bedarfs an den Straßenflächen und der somit nur theoretisch vorhandenen Veräußerbarkeit wurde dem Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung nach § 43 Abs. 1 GemHVO dadurch Rechnung getragen, dass ähnlich der Regelung für Gemeinbedarfsflächen (siehe oben, Ziffer 5. c.) ein Abschlag berücksichtigt wurde. Außerdem wurde bei der Bewertung unterschieden, ob der Straßenverlauf inner- oder außerörtlich liegt. Die auf dieser Grundlage in den Bewertungsrichtlinien für Ortsstraßen, Gemeindeverbindungsstraßen, Wege und Gehwege ermittelten Werte für Grund und Boden entsprechen den Bewertungsrichtlinien von Ziffer 3.2.6.1 des Bilanzierungsleitfadens 2014.

Bei der Bewertung des Straßenkörpers wird keine Unterteilung der einzelnen Straßenschichten (Unterbau und Deckschicht) vorgenommen. Der Straßenkörper ist als ein Vermögensgegenstand anzusehen und einheitlich abzuschreiben. Für die Bewertung wurden entweder die tatsächlichen Herstellungskosten nach § 44 Abs. 2 GemHVO (vermindert um Abschreibungen) angesetzt oder es erfolgte eine Rückindizierung von Erfahrungswerten auf der Grundlage örtlicher Durchschnittswerte nach § 62 Abs. 4 Satz 1 GemHVO (Bilanzierungsleitfaden Ziffer 3.2.6.2.2). Für die Rückindizierung wurde eine Excel-Tabelle „Straßenersatzbewertung“ erstellt.

Die Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung waren als kostenrechnende Einrichtungen schon bisher vollständig erfasst und bewertet. Auch hier wurden gem. § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO die Werte der bisherigen Anlagebuchführung vollständig in die Eröffnungsbilanz übernommen.

Die stichprobenweise Prüfung der Bewertung des Infrastrukturvermögens hat den Bewertungsrichtlinien der Stadt im Wesentlichen entsprochen. Im Rahmen

der Prüfung haben sich in geringem Umfang Abweichungen ergeben. Auf die erstellte Tabelle wird verwiesen.

e. Bauten auf fremden Grundstücken

Bauten auf fremden Grundstücken stehen nicht auf einem im Eigentum der Kommune befindlichen Grundstück. Ein Grundbucheintrag besteht insoweit nicht.

Vielmehr besteht ein vertragliches Verhältnis zwischen der Kommune und dem Grundstückseigentümer über die Nutzung des Grundstückes (z. B. in Form eines Miet- oder Pachtvertrages). Die fremden Grundstücke werden nicht bewertet, die Bauten darauf hingegen mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten berücksichtigt. Die Stadt Schönau im Schwarzwald bilanziert unter dieser Position den Restwert von 3.360,00 € für insgesamt drei Buswartehäuschen auf fremdem Grund.

f. Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Unter der Bilanzposition „Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler“ sind kommunale Vermögensgegenstände anzusetzen, deren Erhaltung und Pflege wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Kultur und Geschichte im kommunalen Interesse liegen. Zur Bilanzposition der Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler zählen u. a. Kunstgegenstände, wie z. B. Gemälde, Plastiken, Skulpturen und Antiquitäten, aber auch Baudenkmäler, soweit es sich nicht um Gebäude handelt (z. B. Denkmäler in Form von Statuen, Säulen, Kriegerdenkmäler, Ehrenfriedhöfe, Gedenktafeln, Gedenksteine, Wegekreuze). Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald wurden hier die Dießlin-Gedächtnisplakette, das „Schlageter-Denkmal“, ein Holzkreuz „An der Bruck“ sowie das Kriegerdenkmal auf dem Friedhof jeweils mit einem Erinnerungswert von 1,00 €, insgesamt also 4,00 €, aufgenommen. Die einzelnen Objekte sind in der Buchführung der Stadt dargestellt.

g. Maschinen, Fahrzeuge, technische Anlagen

Bei dieser Bilanzposition wurden entsprechend § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO ebenfalls die in den bisher geführten Anlagenachweisen enthaltenen Werte übernommen. Für die Eröffnungsbilanz ergibt sich ein Wert von 610.403,00 €. Auf die Anwendung der Vereinfachungsregelung des § 62 Abs. 1 Satz 3 GemHVO, wonach bei beweglichen Vermögensgegenständen von der Aufnahme in die Eröffnungsbilanz abgesehen werden kann, wenn deren Anschaffung länger als sechs Jahre vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz liegt, wurde kein Gebrauch gemacht.

Das vollständige Erfassen der Vermögensgegenstände erfolgt durch eine Inventur gem. § 37 GemHVO. Es werden grundsätzlich zwei Inventurarten unterschieden. Die Grundform der Inventur ist die körperliche Inventur. Sie erfolgt durch Zählen, Messen und Wiegen aller körperlichen Vermögensgegenstände und deren anschließender Bewertung. Neben der körperlichen existiert als weitere Form

der Inventur die Buch- oder Beleginventur. Diese Inventurform wird in der GemHVO nicht speziell geregelt, ihre Anwendbarkeit ist aber mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung vereinbar, soweit die der Buchinventur zu Grunde liegenden Unterlagen den geforderten hohen Anforderungen an die Richtigkeit, Vollständigkeit und Nachprüfbarkeit genügen (Praxis der Kommunalverwaltung – Kommentar zur GemHVO).

Die Stadt Schönauf im Schwarzwald hat sich bei der Eröffnungsbilanz grundsätzlich für die Buchinventur (Übernahme aus Anlagenachweisen) entschieden. In Einzelfällen erfolgte eine körperliche Inventur, z. B. bei beweglichen Vermögensgegenständen.

In der Folgezeit findet eine permanente Inventur statt. Bei der permanenten Inventur werden die Bestände sowie die Zu- und Abgänge nach Art und Menge buchmäßig durch laufende Aufzeichnung in einer Anlagenbuchhaltung fortgeschrieben. Die Anlagenbuchhaltung wird dann ebenfalls durch körperliche Inventur überprüft. Allerdings muss diese körperliche Inventur nicht zwingend zum Jahresabschlussstichtag erfolgen, die körperliche Überprüfung der Bestände kann verteilt über das gesamte Haushaltsjahr permanent vorgenommen werden.

Es ist geplant, alle 2 Jahre eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen und gegebenenfalls die Anlagenbuchhaltung zu aktualisieren. Zum Zeitpunkt der Prüfung wurde noch keine körperliche Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz haben wir stichprobenweise die Werte der vorhandenen Anlagenachweise sowie die Abschreibungen kontrolliert. Bei den Stichproben wurden insbesondere Gegenstände mit höherem Wert berücksichtigt. Es gab keine Abweichungen.

h. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zur Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände der Büros (Büromöbel, PC, Drucker), Werkstätten (Werkzeuge ohne Werkzeugmaschinen), Schulen, Kindergärten (Pulte) usw. Die Eröffnungsbilanz weist für Betriebs- und Geschäftsausstattung einen Betrag von 434.848,70 € aus.

Gemeinden verfügen im Vergleich zur Privatwirtschaft über einen überdurchschnittlich hohen Bestand an beweglichen Gegenständen des Sachvermögens, die aufwendig zu erfassen, aber regelmäßig nur gering werthaltig sind. Beispiele hierfür sind die Ausstattungsgegenstände von Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen oder den Verwaltungsgebäuden. Daher sieht die GemHVO in § 38 Abs. 4 für die Erfassung von beweglichen Vermögensgegenständen eine Vereinfachungsregel vor, nach der der Bürgermeister für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 € ohne Umsatzsteuer Befreiungen von der Inventurpflicht vorsehen kann. Die Stadt Schönauf im Schwarzwald hat von dieser Möglichkeit nur insoweit Gebrauch gemacht, als eine Geringwertigkeitsgrenze von 410,00 € netto (wie nach bisherigem Recht) festgelegt wurde. Alle Anschaffungen über dieser Wertgrenze werden aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Alle Anschaffungen unter dieser Wertgrenze werden als Aufwand in der Ergebnis-

rechnung verbucht. Auch bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gem. § 62 Abs. 1 Satz 2 GemHVO die Werte der bisherigen Anlagenachweise per 31.12.2015 übernommen.

In Bezug auf die Übernahme der Vermögenswerte aus den Anlagenachweisen, das angewandte Inventurverfahren und unsere durchgeführten Prüfungen kann auf die Ausführungen unter Ziffer II. 5. g. verwiesen werden. Auch hier gab es keine Beanstandung.

i. Vorräte

Vorräte sind Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die im Regelfall zum kurzfristigen Verbrauch oder zur Weiterveräußerung angeschafft oder hergestellt wurden. Zu den Vorräten der Kommune zählen u. a. Rohstoffe (z. B. Streusalz), Hilfsstoffe und Betriebsstoffe (z. B. Heizöl). Vorräte werden verbraucht und sie sind nicht abnutzbar. Sie sind daher nicht planmäßig abzuschreiben (vgl. § 46 Abs. 1 GemHVO). Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Dabei ist jedoch individuell und nach örtlichen Verhältnissen der Grundsatz der Wesentlichkeit zu berücksichtigen und unwesentliche Bestände brauchen nicht erfasst zu werden. Deren Anschaffung wird sofort als Aufwand behandelt.

Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald wurden die Streusalzvorräte des Werkhofs für den Winterdienst zum 31.12.2015 mit einem Wert von 2.808,00 €, die Heizölvorräte beim Werkhof und dem Pavillon in der Wiesenstraße 7 von 10.263,68 € und 2.237,06 € sowie Buchbestände für den Weiterverkauf von insgesamt 6.738,00 € in die Bilanz aufgenommen. Der Bilanzwert betrug insgesamt 22.046,74 €.

Für die Ermittlung des Einzelpreises bei Streusalz und Heizöl wurde der Beschaffungspreis zu Grunde gelegt, beim Buchbestand der Gesamt-Verkaufspreis des Bestandes.

Beim Streusalz und Heizöl erfolgt das Fortschreiben des Wertes in der Form, dass zum Ende des Jahres die Menge der vorhandenen Vorräte gemessen wird und die Veränderungen mit den jeweiligen Einkaufspreisen in den neuen Wert einfließen. Bei den Büchern wird lediglich der Abgang durch Verkäufe berücksichtigt.

j. Anlagen im Bau

Bei Anlagen im Bau handelt es sich um Vermögensgegenstände des Sach-(anlage)vermögens, die sich in der Herstellungsphase befinden und für die zum Abschlussstichtag schon Aufwendungen entstanden sind, ohne dass sie fertig gestellt sind. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Anlagen im Bau um zu errichtende Gebäude, Straßen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen. Nach der Fertigstellung des Vermögensgegenstandes erfolgt eine Umbuchung von der Anlage im Bau auf das entsprechende Bilanzkonto des Sach(anlage)vermögens.

Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald ist hier ein Wert von 1.798.459,66 € ausgewiesen. Dieser betrifft die noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen eines Ladeterminals für Elektroautos sowie für die Sanierung des Freibades. Der Bilanzwert entspricht der entsprechenden Position der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss per 31.12.2015.

k. Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen

Sonstige Beteiligungen sind nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesen Unternehmen herzustellen. Es wird aber, im Gegensatz zu Anteilen an verbundenen Unternehmen, kein beherrschender Einfluss auf das Unternehmen ausgeübt.

Auch die sonstigen Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten zu bilanzieren (Bilanzierungsleitfaden 2014, Ziffer 3.3.1.2). Die Stadt Schönau im Schwarzwald weist zum Bilanzierungszeitpunkt der Eröffnungsbilanz Anteile am Badischen Gemeindeversicherungsverband in Karlsruhe (BGV), der Tourismus GmbH Bergwelt Südschwarzwald, dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), der Raiffeisen ZG, der Wirtschaftsregion Südwest, dem „Schönauer Schöpfungsfenster“ sowie der Belchen-Seilbahn GmbH mit einem Gesamtwert von 41.037,57 € aus.

Der Wert der Anteile am BGV beträgt 200,00 €, an der Tourismus GmbH Bergwelt Südschwarzwald 6.745,29 €, an der KIVBF 1.904,00 €, an der Raiffeisen ZG 300,00 €, an der Wirtschaftsregion Südwest 250,00 €, am „Schönauer Schöpfungsfenster“ 4.753,00 € sowie der Belchen-Seilbahn GmbH 25.564,59 €. Die Höhe der Anteile wurde nachgewiesen. Es ergibt sich ein Gesamtbetrag von 39.716,88 € und somit eine Differenz von 1.320,69 € gegenüber dem Wert der Eröffnungsbilanz (siehe oben). Die Differenz ist auf die unterschiedlichen Beträge der Beteiligungen an der Wirtschaftsregion Südwest zurückzuführen. Während die Stadt Schönau im Schwarzwald Nachweise über zusätzlich zu aktivierende Beträge aus den Jahresabschlüssen 1996, 1997 und 1998 der damaligen Wirtschaftsregion Dreiländereck Lörrach nachgewiesen hat, konnte die Wirtschaftsregion Südwest auf unsere Nachfrage hierfür keine Unterlagen finden. Soweit die Stadt Schönau im Schwarzwald hier nicht in Eigeninitiative nochmals tätig werden möchte, wäre der Beteiligungsbetrag entsprechend zu korrigieren.

Auch die Mitgliedschaften der Kommunen bei Zweckverbänden und im Weiteren auch Gemeindeverwaltungsverbänden (§ 59 GemO) sind nach § 52 Abs. 3 GemHVO unter dem Finanzvermögen bei den sonstigen Beteiligungen und Kapitaleinlagen auszuweisen, sofern von einem beteiligungsähnlichen Verhältnis auszugehen ist. (Zweck-) Verbandsmitgliedschaften sind bei Kommunen aber nur zu bilanzieren, wenn sie als Vermögensgegenstand gelten. Vermögensgegenstände sind selbstständig verwertbar, bewertbar und (mind.) im wirtschaftlichen Eigentum der jeweiligen Kommune. Zumindest bei Verbänden mit gesetzlicher Mitgliedschaft liegen diese Voraussetzungen i. d. R. nicht vor, weil die Mitgliedschaft nicht verwertbar ist (Bilanzierungsleitfaden 2014, Ziffer 3.3.2). Dem-

zufolge stellt auch die Mitgliedschaft im Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald keinen i. S. d. NKHR zu bilanzierenden Beteiligungswert dar, da keine selbstständige Verwertbarkeit vorliegt.

Der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Bilanzwert von 41.037,57 € entspricht **NICHT** den Positionen „Eigen- und Beteiligungsgesellschaften“ (530.335,41 €) sowie „Sonstige Finanzanlagen“ (6.745,29 €) der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015. Die Bilanzposition ist im Zusammenhang mit der Bilanzposition „Sondervermögen“ (siehe Ziffer I.) zu betrachten und stellt sich dann folgendermaßen dar:

Der Gesamtbetrag der Finanzanlagen in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 beläuft sich auf 537.080,70 €, der Gesamtbetrag von „Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen“ und „Sondervermögen“ der Eröffnungsbilanz beläuft sich auf 1.550.276,58 €. Der Unterschied beträgt somit 1.013.195,88 €. Dieser Unterschiedsbetrag setzt sich zusammen aus in der Vermögensrechnung nicht berücksichtigten Beteiligungen der Stadt Schönau im Schwarzwald am Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ in Höhe von 511.291,88 € Basiskapital und 500.000,00 € Allgemeine Rücklage sowie der in der Vermögensrechnung nicht berücksichtigten Beteiligung an der KIVBF von 1.904,00 €. Der Unterschiedsbetrag zwischen Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 und Eröffnungsbilanz ist begründet und nachvollziehbar und wird nicht beanstandet.

I. Sondervermögen

Zum Sondervermögen einer Gemeinde gehört gem. § 96 Abs. 1 Ziffer 3 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) auch das Vermögen der Eigenbetriebe. Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald fällt der Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ unter diese Bilanzposition.

Bei der erstmaligen Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz kann gem. § 62 Abs. 5 GemHVO als Wert dieses Sondervermögens das anteilige Eigenkapital angesetzt werden, wenn die Ermittlung der tatsächlichen Anschaffungskosten einen unverhältnismäßigen Aufwand verursachen würde. Von dieser Möglichkeit hat die Stadt Schönau im Schwarzwald Gebrauch gemacht. Zum Eigenkapital zählt das anteilige festgesetzte Kapital (Grundkapital, Stammkapital). Anteilige (Kapital-)Rücklagen sind dann zu Grunde zu legen, wenn die Mittel von der Kommune und nicht vom Unternehmen selbst eingebracht wurden. Gewinnrücklagen, Gewinn- oder Verlustvorträge oder das laufende Betriebsergebnis kommen aus dem Unternehmen selbst und werden daher nicht angesetzt.

Die Stadt Schönau im Schwarzwald weist in der Eröffnungsbilanz einen Betrag von 1.509.239,01 € aus. Dieser Betrag entspricht dem in der Bilanz des Eigenbetriebs „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ per 31.12.2015 ausgewiesenen Betrag von 1.009.239,01 € Basiskapital zuzüglich 500.000,00 € Allgemeine Rücklage. Im Übrigen wird auf die Ausführungen bei Ziffer k. verwiesen.

m. Wertpapiere und sonstige Einlagen

Als Wertpapiere werden Urkunden bezeichnet, die Vermögensrechte so verbrieften, dass deren Ausübung an den Besitz des Papiers geknüpft ist.

Zu den Wertpapieren zählen nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg auch sonstige Einlagen wie z. B. mittelfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten in Form von Festgeldern, Spareinlagen, Sparbücher, Sparbriefe und Ähnliches. Die Stadt Schönau im Schwarzwald bilanziert unter dieser Position einen Bausparvertrag mit einem Wert von 308.996,78 €.

Der bilanzierte Betrag entspricht dem in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 per 31.12.2015 als Bauspareinlage ausgewiesenen Betrag und wurde durch einen entsprechenden Auszug aus dem Bausparkonto per 31.12.2015 nachgewiesen.

n. Forderungen

- Öffentlich-rechtlich

Hier handelt es sich um eine kommunalspezifische Bilanzposition in Folge des öffentlich-rechtlichen Charakters der Gebietskörperschaft Kommune. Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wird nach Gebühren, Beiträgen, Steuern und ähnlichen Abgaben unterschieden. An öffentlich-rechtlichen Forderungen wird ein Betrag von 88.413,06 € ausgewiesen.

- Privatrechtlich

Einer privatrechtlichen Forderung liegt ein Schuldverhältnis auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis zu Grunde (s. § 241 BGB). Im Regelfall ist die privatrechtliche Forderung der Gegenwert für eine erbrachte Leistung oder Lieferung. Hier weist die Bilanz einen Betrag von 163.101,26 € aus. Der Betrag verteilt sich auf verschiedene Forderungsposten. Hierzu wird auf die Darstellung auf Seite 30 der Eröffnungsbilanz verwiesen.

Der Gesamtwert der Forderungen in Höhe von 251.514,32 € entspricht dem Wert der Kasseneinnahmereste auf der Aktivseite der Vermögensrechnung in Höhe von 171.202,99 € zuzüglich des auf der Passivseite als Kassenausgabereinst des Verwaltungshaushalts ausgewiesenen Minusbetrages (Negativ-Verbindlichkeit) von 6.969,61 € zuzüglich des Betrages von 73.341,72 € als Kassenvorgriff des Eigenbetriebs „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“ (siehe auch Ziffer r. „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen“).

Im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens wurden von der Stadt alle offenen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Forderungen, deren Werthaltigkeit als gering eingestuft wurde, sind nach Beschluss durch den Gemeinderat ausgebucht worden. In der Stadt Schönau im Schwarzwald wurde die sog. Einzelwertberichtigung angewandt. Danach wird der jeweilige Wert der Forderung entsprechend bereinigt, wenn An-

haltspunkte vorliegen, nach denen der Zahlungseingang ungewiss ist oder ganz oder teilweise ein Zahlungsausfall droht. Nach Überprüfung der Liste mit den offenen Forderungen kann davon ausgegangen werden, dass alle darin enthaltenen Forderungen werthaltig sind. Die Höhe der offenen Forderungen (Liste Altverfahren) entspricht dem Wert in der Eröffnungsbilanz.

Die Notwendigkeit für Pauschalwertberichtigungen liegt aufgrund der geringen Gesamtzahl der Einzelfälle nicht vor.

o. Liquide Mittel

Nach den Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen Baden-Württemberg zählen dazu Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten sowie der Kassenbestand [Bargeld (Barkassenbestand, vgl. § 22 Abs. 1 GemHVO)]. Es handelt sich bei den liquiden Mitteln somit um jederzeit verfügbare Mittel der Stadt. Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald waren zum Bilanzstichtag liquide Mittel in Höhe von 2.250.339,07 € ausgewiesen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem Bestand auf dem Girokonto von 149.553,03 €, einem Bestand in der Barkasse von 786,04 € sowie einer Tagesgeldanlage von 2.100.000,00 €.

Der Barkassenbestand wurde durch einen entsprechenden Buchungsauszug nachgewiesen. Die Bestände auf dem Girokonto der Sparkasse Schönau-Todtnau (90.792,11 €) und der Volksbank Freiburg (58.760,92 €) wurden durch entsprechende Bank-Kontoauszüge nachgewiesen. Der Gesamtbetrag von 150.339,07 € entspricht dem in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 ausgewiesenen Betrag des Kassenbestands.

Der Bestand an Tagesgeldern setzt sich zusammen aus einem Betrag von 1.700.000,00 € bei der Sparkasse Schönau-Todtnau sowie einem weiteren Betrag von 400.143,02 € bei der Volksbank Freiburg. Der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Betrag ist somit um 143,02 € zu niedrig dargestellt, da die Zinsen für das Tagesgeld bei der Volksbank Freiburg in dieser Höhe erst am 07.01.2016 abgeflossen sind, bei der Eröffnungsbilanz aber schon nicht mehr berücksichtigt wurden.

6. Feststellungen und Erläuterungen zur Passivseite der Bilanz

p. Sonderposten

In § 52 Abs. 4 Nr. 2 GemHVO werden drei Arten von Sonderposten unterschieden:

- Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen,
- Sonderposten für (erhaltene) Investitionsbeiträge,

- Sonderposten für Sonstiges.

Bei Sonderposten für (erhaltene) Investitionszuweisungen handelt es sich um Zuschüsse für die Finanzierung von Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen. Bei den Sonderposten aus Investitionsbeiträgen handelt es sich um Anschluss- und Erschließungsbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG), die die Stadt von den Grundstückseigentümern für die Herstellung dieser Erschließungsanlagen erhält. Zu den sonstigen Sonderposten gehören alle Vorgänge im Zusammenhang mit unentgeltlichem Erwerb einschließlich Geldspenden mit investivem Verwendungszweck.

Gem. § 40 Abs. 4 Satz 2 GemHVO sollen empfangene Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen und entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer des entsprechenden Anlageguts aufgelöst werden.

Zuweisungen und Zuschüsse werden in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 mit einem Betrag von insgesamt 11.077.358,26 € ausgewiesen. Dieser Gesamtbetrag entspricht **nicht** den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Einzelbeträgen für die Sonderposten für Investitionszuweisungen von 11.126.272,78 € und Sonderposten für Sonstiges von 112.097,26 €, was eine Gesamtsumme von 11.238.370,04 € und somit eine Differenz von 161.011,78 € ergibt. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Korrektur der bisherigen Auflösung der Zuschüsse für das Wohnheim „Brand 34“ von ursprünglich 146.609,58 € auf 313.823,74 €. Dies führt zu einem korrigierten Rest-Buchwert von 161.666,78 €. Weitere 655,00 € resultieren aus einer Absetzung in dieser Höhe bei den Sonderposten für eine Alu-Wippe im Freibad, die bereits verschrottet und somit auch bei den Sachanlagen ausgesondert wurde. Der Unterschiedsbetrag zwischen Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 und Eröffnungsbilanz ist begründet und nachvollziehbar und wird nicht beanstandet.

Bei der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 wird auf der Passivseite als Summe der Beiträge ein Betrag von 716.696,00 € ausgewiesen, der sich aus Wasser- und Abwasserbeiträgen von 508.928,00 € und Erschließungsbeiträgen von 207.768,00 € zusammensetzt. Die Eröffnungsbilanz weist einen Betrag von 1.063.312,02 € aus. Es ergibt sich somit eine Differenz von 346.616,02 €. Dieser Differenzbetrag erklärt sich aus der nachträglichen Berücksichtigung von Beitragseinnahmen für zuvor ebenfalls nicht bilanzierte Straßen des Infrastrukturvermögens. Gemäß den Ausführungen unter Ziffer 4.2.2 des Bilanzierungsleitfadens 2014 wurden dabei Erschließungsbeiträge in Höhe von 90% der berücksichtigten Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Erschließungsanlagen berücksichtigt.

Im Übrigen wurde die Richtigkeit der noch vorhandenen Restbeträge von Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträgen in Stichproben geprüft und kann bestätigt werden.

Bei der Abwasserbeseitigung werden die Anlagegüter mit einem einheitlichen Abschreibungssatz von 2% abgeschrieben, da nach Aussagen der Stadt sämtliche Anlagegüter gleichartig sind und somit auch von einer einheitlichen Nutzungsdauer ausgegangen werden kann. Gleiches gilt für die Wasserversorgung,

hier jedoch mit einem Abschreibungssatz von 5%. Die Auflösungssätze von Zuschüssen und Beiträgen entsprechen jeweils den angewandten Abschreibungssätzen.

Der bilanzielle Wert der „Sonderposten für Sonstiges“ (insbesondere Spenden und Gebühren) konnte während der Prüfung durch entsprechende Auszüge aus dem Anlagengitter belegt werden.

q. Rückstellungen

Rückstellungen sind für Verpflichtungen zu bilden, die dem Grunde nach zu erwarten sind, deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss sind. Rückstellungen dienen somit der periodengerechten Zuordnung von Aufwendungen, die erst zukünftig zu Auszahlungen führen.

Die Bilanz der Stadt Schönau im Schwarzwald weist Gebührenüberschussrückstellungen von 147.174,01 € aus. Hierbei handelt es sich um Pflichtrückstellungen nach § 41 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO. Da für kostenrechnende Einrichtungen nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ein Kostenüberdeckungsverbot besteht, sind Kostenüberdeckungen der Gebührenhaushalte in der Bilanz als Rückstellung für den Gebührenausschlag anzusetzen. Über die so in einem Jahr von den Gebührenschuldern zu viel gezahlten Beträge kann die Kommune gemäß dem KAG nicht frei verfügen. Daher sind diese Erträge durch das Bilden einer Rückstellung zu binden. Durch die Auflösung der Rückstellung in den Folgejahren können die Gebühreneinzahlungen ihrem Zweck des Kostenausgleichs zugeführt werden.

Die Höhe der Gebührenüberschussrückstellungen von 147.174,01 € ergibt sich aus der vorgelegten Abrechnung von Ertrag und Aufwand dieser Jahre und stimmt mit dem Wert in der Eröffnungsbilanz überein.

Nach § 41 Abs. 2 GemHVO können auch Wahlrückstellungen gebildet werden. Dabei ist jedoch der Grundsatz der Bilanzstetigkeit zu berücksichtigen, mit der Konsequenz, dass von einer Entscheidung, eine Wahlrückstellung zu bilden, allenfalls in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden kann. Gemeinden können für ungewisse Verbindlichkeiten, die sich aus dem Finanzausgleich ergeben, Rückstellungen bilden. Ungewisse Verbindlichkeiten bestehen dabei insbesondere bei der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage. Die Stadt Schönau im Schwarzwald hat von dieser Möglichkeit der Rückstellungen Gebrauch gemacht, um trotz Änderungen in der Steuerkraft der Gemeinde einen regelmäßigeren Haushaltsverlauf gewährleisten zu können und hierfür einen Rückstellungsbetrag von insgesamt 1.273.792,00 € in der Eröffnungsbilanz berücksichtigt. Die Höhe der zu bildenden Rückstellungen ist jeweils möglichst realitätsnah zu schätzen.

r. Verbindlichkeiten

- Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Mit Verbindlichkeiten aus Krediten sind sämtliche der Kommune von Dritten zur Verfügung gestellten Finanzmittel gemeint, die zurückbezahlt werden

müssen. Kredite sind in Höhe des Rückzahlungsbetrages zu passivieren.

Als Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wird in der Eröffnungsbilanz ein Betrag von 1.861.213,05 € ausgewiesen. Dieser Betrag entspricht **nicht** dem in der Vermögensrechnung zur Jahresrechnung 2015 ausgewiesenen Betrag der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 1.787.871,33 €. Der Be-

trag von 1.787.871,33 € ist auch der Betrag, der uns durch entsprechende Kontoauszüge der Kreditinstitute per 31.12.2015 nachgewiesen wurde. Es ergibt sich also ein Unterschiedsbetrag von 73.341,72 €.

Der Unterschiedsbetrag von 73.341,72 € resultiert aus der speziellen Kassenorganisation bei der Stadt Schönau im Schwarzwald im Zusammenhang mit dem Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönau im Schwarzwald“. Es ist eine sog. „Verbundene Sonderkasse“ mit getrennten Girokonten, aber einem gemeinsamen Tagesabschluss eingerichtet. Auf die umfangreichen Darstellungen zu dieser Thematik im Mail-Verkehr vom März 2018 und auf die darin erwähnte GPA-Mitteilung 3/2013 wird ausdrücklich verwiesen.

- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu zählen die Verpflichtungen aus gegenseitigen Verträgen (z. B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Dienstleistungsverträge), die vom Vertragspartner, aber noch nicht von der bilanzierenden Kommune erfüllt worden sind (Rechnung von der Kommune noch nicht bezahlt). Solche sind bei der Stadt Schönau im Schwarzwald nicht ausgewiesen.

- Sonstige Verbindlichkeiten

Unter die sonstigen Verbindlichkeiten fallen jene, die keinem der vorgegebenen Verbindlichkeitsposten zugeordnet werden können. Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald fallen hierunter eine Zahllast gegenüber dem Finanzamt aus der Umsatzsteuererklärung von 1.358,72 €, sog. „Durchlaufende Gelder“ von 49.576,90 € sowie vereinnahmte Kautionen für Schließfächer des Gymnasiums von 4.910,00 €. Die Eröffnungsbilanz weist somit einen Gesamtbetrag von 55.845,62 € aus. Die Werte wurden durch entsprechende Belege nachgewiesen.

In der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015 ist dieser Betrag als Teilbetrag der Kassenausgabereste ShV enthalten. Der dort genannte Betrag von 90.815,44 € beinhaltet neben diesen sonstigen Verbindlichkeiten noch

den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Betrag von 34.969,82 € „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ (siehe Ziffer s.).

s. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierunter fallen Einnahmen, die bereits im abzuschließenden Haushaltsjahr zugeflossen sind, aber zum Teil oder ganz künftigen Haushaltsjahren wirtschaftlich

zuzurechnen sind. Lt. Bilanzierungsleitfaden fallen hierunter auch Geldspenden mit Verwendungszweck, die noch nicht verwendet wurden, sofern kein Sonderposten gebildet wurde. Bei der Stadt Schönau im Schwarzwald wurden unter dieser Bilanzposition zum einen Spenden für konkrete konsumtive Zwecke (z. B. Mensabetrieb) und zum anderen die Guthaben auf den „Mensakarten“ per 31.12.2015 dargestellt. Der Bilanzwert beträgt insgesamt 34.969,82 €. Einen Nachweis hierüber haben wir erhalten. In der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2015 ist dieser Betrag als Teilbetrag der Kassenausgabereste ShV enthalten. Der dort genannte Betrag von 90.815,44 € beinhaltet neben diesen Passiven Rechnungsabgrenzungsposten noch den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Betrag von 55.845,62 € „Sonstige Verbindlichkeiten“ (siehe Ziffer r.).

III. Gesamturteil

Unsere Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Schönau im Schwarzwald hat einen positiven Gesamteindruck vermittelt. Das Erheben der Daten sowie die Bewertung zeigen ein hohes Maß an Fachkenntnissen. Die in den Bewertungsrichtlinien der Stadt Schönau im Schwarzwald dargestellten Wertansätze wurden nachvollziehbar begründet.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt. Zusammenfassend und in Gesamtwürdigung aller geprüfter Sachverhalte und Unterlagen sind wir der Überzeugung, dass die Eröffnungsbilanz der Gemeinde Schönau im Schwarzwald zum 01.01.2016 nebst Anhang ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Lage der Gemeinde vermittelt.

Es ergibt sich nur geringfügiger Berichtigungsbedarf für die Eröffnungsbilanz gem. § 63 GemHVO in den Bereichen „Unbebaute Grundstücke“, „Bebaute Grundstücke“, „Infrastrukturvermögen“ sowie bei „Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen“.

Senn